

Berliner EINE-WELT-PROMOTOR/INNEN

Wir entwickeln unsere Stadt

Wenn Wirtschaft und NGOs gemeinsam auf Reisen gehen...



Besuch der Mine Calenturitas, Prodeco/
Glencore, Cesar, Kolumbien

Der Energieversorger EnBW und eine NGO-Delegation sind gemeinsam auf den Spuren des Steinkohlebergbaus und seiner sozialen und ökologischen Folgen nach Kolumbien gereist

Die Verbrennung von Kohle ist eine der Hauptursachen für den Klimawandel. Trotzdem werden in Deutschland und auch in Berlin noch immer gigantische Mengen an Braun- und Steinkohle verfeuert. Schon der Abbau der fossilen Brennstoffe hat dramatische Auswirkungen auf Mensch und Umwelt.

Während der Braunkohle-Tagebau im Rheinland und in der Lausitz inzwischen zunehmend kritisch betrachtet wird, wird um die negativen Konsequenzen des Steinkohlebergbaus bislang kein so großer Wirbel gemacht. Sebastian Rötters, Eine-Welt-Promotor für Klima- und Ressourcengerechtigkeit beim Verein PowerShift, hat in den vergangenen Jahren regelmäßig darauf hingewiesen, dass unser Kohlekonsum eng mit schwersten Menschenrechtsverletzungen im Globalen Süden verknüpft ist. Zum Beispiel in Kolumbien.

Zu den dortigen Kohleabbaugebieten ist der Energiekonzern EnBW im März 2015 zum ersten Mal gemeinsam mit NGOs gereist. Die ungewöhnliche Delegation bestand aus sechs EnBW-Mitarbeitern, zwei Mitgliedern des EnBW-Aufsichtsrates für die Wirtschaft sowie Mitarbeiter/innen von Misereor,

urgewald, der niederländischen Friedensorganisation PAX und der NGO PowerShift. Vor Ort sprachen die Delegierten mit Menschen aus Gemeinden, die dem Kohlebergbau weichen müssen sowie Vertreter/innen regionaler und nationaler Umweltbehörden, Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Bergbaukonzernen und Vertreter/innen der deutschen und niederländischen Botschaft. „In den Kohleabbaugebieten sind tausende Menschen Opfer der paramilitärischen Gewalt geworden. Zahlreiche Zeugenaussagen belasten die Kohlekonzerne, diese Paramilitärs maßgeblich finanziert zu haben. Es ist ein wichtiges Signal für die Betroffenen, wenn nun ein europäischer Energiekonzern aus erster Hand erfahren möchte, was genau den Menschen widerfahren ist“, erklärte Sebastian Rötters die Bedeutung dieser Reise.

Zwar sind die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Kohlebergbaus in den Abbaugebieten unmittelbar erfahrbar und sichtbar, doch politische Veränderungen finden in kleinen Schritten statt. Das ist zumindest die Erkenntnis der Auswertungsgespräche, die im Anschluss an die Reise stattfanden. Immerhin hat der EnBW-Vorstandsvorsitzende Frank Mastiaux

auf der Aktionärsversammlung im April 2015 erstmals klare Worte an die Lieferanten aus Kolumbien gerichtet und mehr Transparenz in der Lieferkette angekündigt. Sicher, es gibt nach wie vor sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Rolle der Kohleabbau bei den sozialen und ökologischen Problemen in Kolumbien tatsächlich spielt und welche Verantwortung die abbauenden Energieversorger daher tragen. Dennoch hielten alle Seiten die Reise für sehr sinnvoll. Für EnBW war es tatsächlich das erste Mal, dass sich das Unternehmen so konkret mit den Folgen des Rohstoffabbaus und den davon Betroffenen auseinandergesetzt hat, obwohl es seit vielen Jahren Steinkohle aus Kolumbien importiert. Es wäre wünschenswert, wenn auch Vertreter/innen des Landes Berlin und von Vattenfall genauer hinschauen würden, woher die Berliner Kohle stammt. Und zwar so lange, bis die Berliner Kohlekraftwerke abgeschaltet sind. 



**Berlin entwickeln
für Eine Welt**

Kurzmeldungen

„Berlin entwickeln!“ geht weiter

Drei Jahre gibt es sie schon, die acht Eine-Welt-Promotor/innen und ihre gemeinsame Vision der Eine-Welt-Stadt Berlin. Ob Fairer Handel oder Globales Lernen, Migration oder Umweltfragen – die Promotor/innen beraten und vernetzen Menschen, die sich für eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtgesellschaft engagieren.

Mit Erfolg – der Bund und das Land Berlin fördern das Programm weiter bis 2018. Die Mitgliedsgruppen des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER) haben die künftigen Schwerpunkte der Promotor/innen festgelegt und gemeinsam mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken die Vereine ausgewählt: moveGLOBAL wird sich um die Stärkung von Migrant/innen kümmern, Berlin Global Village ist mit der Schaffung eines Eine-Welt-Zentrums betraut, der BER fördert die Wirkung des Engagements, Germanwatch fördert Berlin als Wirtschaftsakteur, glocal ist für Postkolonialismus und Antirassismus zuständig, das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum stellt den/die Promotor/in für Globales Lernen in der Einwanderungsgesellschaft, PowerShift wird sich um Energieerzeugung in Berlin kümmern, und die Städtepartnerschaft Kreuzberg mit San Rafael del Sur in Nicaragua ist für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit zuständig.

Testimonial Migrantenorganisationen sind ein wertvoller Teil unserer Zivilgesellschaft. Meist verfügen ihre Mitglieder ebenfalls über Migrationserfahrungen und sind deshalb Helfer und Ansprechpartner für viele Menschen mit vielfältigen Wurzeln. Sie bieten Sprachkurse an, dolmetschen, beraten, organisieren Veranstaltungen und vieles mehr. Sie leisten unverzichtbare Arbeit für ein gutes Miteinander. Es ist deshalb richtig, dass sich die Bundesregierung zu einer Förderung bundesweit tätiger Migrantinnenorganisationen bekennt und den Aufbau ihrer Strukturen finanziell unterstützt, denn sie sind ein wichtiges Bindeglied in unserer Einwanderungsgesellschaft. Ich finde: Diese Förderung müssen wir verstetigen und ausbauen.

Foto: (c) Ute Langkatel



Dr. Karamba Diaby, Mitglied des Deutschen Bundestags

Ein Ernährungsratschlag für Berlin

Um den Hunger weltweit erfolgreich zu bekämpfen, muss auch Berlin seine Ernährungsstrategie ändern. Denn was wir hier essen, hat weltweite Auswirkungen. Mit dem Ernährungsratschlag entsteht in Berlin und im Umland ein Netzwerk aus lokalen und regionalen Akteuren der Ernährungsszene: Erzeuger/innen, Stadtgärtner/innen und Akademiker/innen, Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen, lokaler Ernährungswirtschaft und Lokalpolitiker/innen. Gemeinsam entwickeln sie Visionen und Forderungen für eine zukunftsfähige Ernährungsstrategie für die Region. Diese diskutieren sie mit Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Die Fachpromotorin für faires und zukunftsfähiges Wirtschaften vom Inkota-netzwerk Christine Pohl koordiniert den Gründungsprozess des Ratschlags.



Das sind Ihre acht Eine-Welt-Promotor/innen

Lucía Muriel, Promotorin für migrantisch-diasporische Organisationen
info@moveglobal.de
www.moveglobal.de

Astrid Geiermann, Promotorin zur Realisierung des Berliner Eine-Welt-Zentrums
geiermann@berlin-global-village.de,
www.berlin-global-village.de

Julia Otten, Promotorin für faires und zukunftsfähiges Wirtschaften in globalen Lieferketten
otten@germanwatch.org,
www.germanwatch.org

Christine Pohl, Promotorin für faires und zukunftsfähiges Wirtschaften ohne Wachstumszwang
pohl@inkota.de, www.inkota.de/
zukunftsaehiges-wirtschaften

Christian Kopp, Promotor für Postkolonialismus und Antirassismus
buero@berlin-postkolonial.de,
www.berlin-postkolonial.de

Sebastian Rötters, Promotor für Klima- und Ressourcengerechtigkeit
sebastian.roettters@power-shift.de,
www.power-shift.de

Ettina Zach, Promotorin für Globales Lernen Digital
e.zach@sodi.de
www.globales-lernen-digital.de

Helena Jansen, Promotorin für Kommunale Entwicklungspolitik
helena.jansen@staepa-berlin.de
www.staepa-berlin.de



Die Erde ist leer! Die nächste bitte! Bei einer Aktion zum Erdüberlastungstag am 13. August 2015 vor dem Kanzleramt wurde die Erde symbolisch wie eine Getränkepackung ausgesaugt

Erdüberlastungstag: Sechs Tage eher

Schon wieder sechs Tage früher! 2015 waren schon am 13. und nicht erst am 19. August die nachhaltig nutzbaren Ressourcen der Erde verbraucht, die für das gesamte Jahr zur Verfügung standen! Seither leben wir auf Pump, denn was jetzt noch verbraucht wird, kann nicht mehr nachgebildet beziehungsweise kompensiert werden. Wir müssten uns also eigentlich Ressourcen leihen. Nur woher?

Die Ressourcen sind heute schon extrem ungerecht verteilt, und der übermäßige Verbrauch ist nicht nachhaltig. Das zeigt sich in der weltweiten Umweltverschmutzung, Landübernutzung, dem Rückgang der Biodiversität in schrumpfenden Wäldern und

überfischten Meeren. Vom globalen Klimawandel mit extremen Hitzewellen, Dürren, Stürmen und Überschwemmungen sind Menschen im Globalen Süden besonders betroffen. Durch den Kampf um Rohstoffe verlieren sie ihre Lebensgrundlage, müssen ihr Land verlassen oder vor Konflikten fliehen.

Der weltweite Ressourcenverbrauch muss dringend gesenkt werden. Eine ganz besondere Verantwortung tragen dabei die Länder mit einem großen ökologischen Fußabdruck – zum Beispiel Deutschland. Würde sich die deutsche Wirtschaftsweise weltweit durchsetzen, bräuchten wir zweieinhalb Planeten, um den Bedarf an natürlichen Ressourcen

zu befriedigen und die verursachten Emissionen zu kompensieren. Damit leben wir auf weitaus größerem Fuße als die meisten anderen Länder: Deutschland findet sich im oberen Viertel der Ressourcenverbraucher. Mit einer Aktion vor dem Bundeskanzleramt haben die beiden Fachpromotorinnen für faires und zukunftsfähiges Wirtschaften vom INKOTA-netzwerk und Germanwatch gemeinsam mit anderen Entwicklungs- und Umweltorganisationen am Erdüberlastungstag auf den übermäßigen Ressourcenverbrauch aufmerksam gemacht und die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine zukunftsfähige und gerechte Ressourcenpolitik einzusetzen. 



„Mohrenstraße“ in Anton-Wilhelm-Amo-Straße umbenannt

Gemeinde in Deutschland, vom Afrika-Rat Berlin-Brandenburg, von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) getragen wird. Das Bündnis fordert die Tilgung des rassistischen

Straßennamens „Mohrenstraße“, der auf das späte 17. Jahrhundert zurückgeht, eine Zeit, zu der Brandenburg-Preußen direkt am Kolonial- und Versklavungshandel beteiligt war.

Organisiert wurde die symbolische Umbenennungsfest vom NGO-Bündnis „Decolonize Mitte!“, dessen Aktivitäten Christian Kopp, Eine-Welt-Promotor für Postkolonialismus und Antirassismus vom Verein Berlin Postkolonial, intensiv unterstützt: „Berliner Politiker/innen bewerben die Stadt als weltoffene und multikulturelle Metropole,

gleichzeitig tun sie nichts gegen kolonialrassistische Straßennamen in Berlin. Das passt nicht zusammen“, so Kopp. „Wir setzen mit dieser Aktion ein sichtbares Zeichen gegen Rassismus und Kolonialismus im öffentlichen Raum.“

Das Bündnis fordert daher, dass die im Straßennamen enthaltene Fremdbezeichnung für die zumeist minderjährigen Jungen aus Westafrika, die für Repräsentationszwecke als Diener und Militärmusiker an den Berliner Hof verschleppt wurden, kritisch kontextualisiert und gegen den Namen einer afrikanischen Persönlichkeit ausgetauscht wird. Als neue Namenspatrone vorgeschlagen sind unter anderem der Anti-Apartheids-Kämpfer Nelson Mandela (1918-2013) und Anton Wilhelm Amo (1703– ca. 1759), Preußens erster Schwarzer Akademiker und Abolitionist. 

Am 23. August, dem Internationalen Tag zur Erinnerung an den Versklavungshandel und seine Abschaffung, wurde die „Mohrenstraße“ in Berlin-Mitte im Beisein von mehr als 200 Aktivist/innen vor allem aus diasporischen Communities, Initiativen sowie einiger lokaler Politiker/innen feierlich umbenannt: Anton-Wilhelm-Amo-Straße hieß die Straße nun, zumindest kurzfristig. Es war eine symbolische Umbenennung – für einen dauerhaften neuen Namen setzt sich seit Jahren eine Initiative ein, die u.a. vom Zentralrat der Afrikanischen



Editorial

Liebe Leser/innen,

mit der Flüchtlingskrise wächst die Erkenntnis, dass die Bekämpfung globaler Ungleichheit und Ungerechtigkeit alle angeht – auch Berlin, die Politik und die in Berlin lebenden Menschen tragen Verantwortung für den Zustand dieser Welt. Die Berliner Eine-Welt-Promotor/innen wollen diese Erkenntnis befördern – durch Beratung, Projekte und Aktionen. In diesem Newsletter berichten sie über die Folgen des Kohleabbaus in Kolumbien, die Umbenennung der Berliner Mohrenstraße, die Mobilisierung zum Erdüberlastungstag. Das sind nur drei Beispiele unter vielen, die trotz ihrer Unterschiedlichkeit eines eint: die Einsicht, dass für ein lebenswertes und zukunftsfähiges Berlin alle etwas tun müssen.

Viel Spaß beim Lesen! Ihr

Alexander Schudy

Alexander Schudy, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER)



Das Berliner Promotor/innenprogramm wird vom **Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER)** koordiniert und von der **Stiftung Nord-Süd-Brücken** verwaltet. Es wird zu 60 Prozent von **ENGAGEMENT GLOBAL** im Auftrag des **BMZ** und zu 40 Prozent von der **Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin** finanziert. Bundesweit sind mehr als 60 Eine-Welt-Promotor/innen tätig. Getragen wird das Programm von der **Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. (agl)** sowie der **Stiftung Nord-Süd-Brücken**. Ansprechpartner für das Berliner Promotor/innenprogramm ist Alexander Schudy, schudy@ber-ev.de.